

Unser Programm in Kurzfassung

Hauptziel: Entschuldung des Staates

Vorgehensweise

Alle Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden werden in einen Sonderhaushalt überführt. In diesen Haushalt werden Einnahmen aus Erbschaftssteuer und Bundesbankgewinne als Rückzahlungsgelder angegliedert. Zu den aus Bundesbankgewinnen und Erbschaftssteuer gewonnenen Erlösen wird der 4-fache Satz an Geldwert „gedruckt“. Das heißt, 20 % der Schuldentrückzahlungen sind Einnahmen, 80 % werden ohne Gegenwert dazugerechnet.

Vertrauensbildende Maßnahmen, um die Geldwertstabilität während der Entschuldungsphase nicht zu gefährden:

- Schuldzinsverpflichtungen verbleiben in den entsprechenden Haushalten.
- Nur bei Haushalten mit ausgeglichenem Etat erfolgt eine Schuldenreduzierung.
- Bei nicht ausgeglichenem Etat wird die in diesem Jahr mögliche Entschuldungssumme als Neuverschuldung an die entsprechenden Haushalte rücküberwiesen.

Einsparungen, um ausgeglichene Haushalte zu erreichen:

- Reform von Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung
- Einsatz von Arbeitslosen in der Seniorenbetreuung – im eigenen Zuhause und in Seniorenheimen (Evt. Einführung eines sozialen Jahres)
- Einführung der allgemeinen Versicherungspflicht in die staatliche Rentenversicherung für alle Bürger mit eigenem Einkommen, auch für Selbstständige und Beamte (bis zum Alter von 50 Jahren)
- Kürzung des Kindergeldes auf 120 Euro
- Ganztagschule wird Auslaufmodell
- Arbeitsreduzierung und Vereinfachung in den staatlichen Verwaltungen um ca. 20% durch veränderte Vorgaben (keine Standortdiskussion)
- Halbierung der Bundeswehrstärke, langsamer Umbau zur Hauptaufgabe Katastrophenschutz
- Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit für Spenden und Vereinsbeiträge, auch für Parteien
- Gewinnbesteuerung erfolgt am Produktionsstandort, steuerfreie Gewinnumschichtung in andere Firmen ist für 5 Jahre nicht mehr möglich
- Neuanschaffungen können für 5 Jahre nur noch zu 70 % steuerlich geltend gemacht werden
- Reduzierung der staatlichen Fördermittel und Subventionen um 40 %
- Verminderung der Zahlungen an die EU um 4 Milliarden Euro
- usw.